

	Anfragen-Nr.	
	AF-0308/2023	

Anfrage

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion

Betreff
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion - Musikschule

I. Sachverhalt

Am 13.12.2022 beschloss der Kreistag des Wartburgkreises die Haushaltssatzung für das Jahr 2023.

Am 21.03.2023 beschloss der Stadtrat der Stadt Eisenach die Haushaltssatzung für das Jahr 2023.

Die Zweckvereinbarung „Musikschule“ zwischen dem Landkreis und der Stadt Eisenach hat nach dem geschlossenen Zukunftsvertrag auch nach der Einkreisung der Stadt Eisenach weiter Bestand.

Die Zweckvereinbarung spricht im Hinblick auf die Beteiligung des Kreises von einer anteiligen Übernahme der Kosten. Grundlage sind die Schüler, die ihren Wohnsitz im Kreis haben, geteilt durch die Gesamtschülerzahl.

Die Vereinbarung geht nach ihrem Regelungscharakter mit einer anteiligen Beteiligung von rund 25 % aus.

In der vom Kreistag beschlossenen Haushaltssatzung, der auch die Oberbürgermeisterin zustimmte, sind hierfür 226.000 Euro veranschlagt.

Im der vom Stadtrat beschlossenen Haushaltssatzung sind auf dieser Position 864.000 Euro als Einnahme veranschlagt.

Meine Frage, auf welcher Grundlage die Oberbürgermeisterin 638.000 Euro Mehreinnahmedifferenz entgegen der Zweckvereinbarung und den vor dem Stadtratsbeschluss erfolgten Kreistagsbeschluss in die Haushaltssatzung der Stadt einstellte, blieb unbeantwortet.

Auch das Landesverwaltungsamt wie in seiner Stellungnahme auf diesen Sachverhalt hin und bat um Erläuterung.

II. Fragestellung

1. Wie lautet die Erläuterung in der Sache gegenüber dem Landesverwaltungsamt?
2. Liegt dem Wartburgkreis eine konkrete Abrechnung zur Zweckvereinbarung 2022 bzw. eine Vorausberechnung für 2023 seitens der Stadtverwaltung vor?
3. Warum thematisierte die Oberbürgermeisterin bzw. der Fraktionsvorsitzende der Fraktion „Die Linke“ diesen Sachverhalt nicht in der Haushaltsdebatte vom 13.12.2022?
4. Welcher Haushaltsausgleich wird für den anzunehmenden Fall, dass der Wartburgkreis nur die in seinem Haushalt eingestellten 226.000 Euro zu zahlen hat, vorgeschlagen?
5. Wann geht die Oberbürgermeisterin davon aus, dass diese unterschiedliche Auffassung mit dem Landkreis geklärt sein wird?

Frau Gisela Rexrodt
Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion